

## Anlage 16

### **Projekte Opferberatung**

- Die Fach- und Beratungsstelle LEUCHTLINIE im vom Ministerium für Soziales und Integration finanziell geförderten Trägerverbund Demokratiezentrum Baden-Württemberg steht allen Menschen in Baden-Württemberg als direkte Hilfs- und Anlaufstelle zur Seite, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betroffen oder Zeuge bzw. Zeugin einer solchen Tat sind. Die Fachstelle hilft, wenn Menschen bedroht, beleidigt und verleumdet wurden, wenn sie wirtschaftliche Schädigungen erfahren haben oder gewalttätige Übergriffe auf die eigene Person erleben mussten. Die Fachstelle bietet bei Bedarf längerfristige Begleitung für Betroffene an und unterstützt diese beispielsweise mit Informationen zum Umgang mit Gewaltsituationen, psychosozialer Beratung, auf dem Wege der Vernetzung mit anderen Betroffenen oder lokalen Akteurinnen bzw. Akteuren, Vermittlung an Fachkräfte (z.B. juristische oder psychotherapeutische Fachkräfte), mit Recherchen zum Bedrohungsgrad und gegebenenfalls durch die Herstellung von Öffentlichkeit. Darüber hinaus leistet die Beratungsstelle LEUCHTLINIE Unterstützung bei einer etwaigen Antragstellung (z.B. mit Blick auf Entschädigungen oder anderweitige finanzielle Hilfen) und sie begleitet Betroffene zu Terminen. Seit der Einrichtung der Fach- und Beratungsstelle LEUCHTLINIE haben insgesamt 338 betroffene Personen eine Beratungsleistung in Anspruch genommen (Stand September 2019).
- Aus Mitteln des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden die Projekte "ReachOut - Opferberatung und Bildung" und "Psychologische Beratung gegen Rechtsextremismus" des Trägers "Ariba e. V." gefördert. 2018 belief sich die Fördersumme auf jährlich etwa 640.000 €.

Das Opferberatungsteam ReachOut (Träger Ariba e.V.) berät in Berlin seit 2001 Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Das Projekt bietet den Opfern, aber auch Angehörigen und Zeugen psychosoziale Beratung, Beratung zur Anzeigenstellung, Begleitung zur Polizei, zu Behörden und Ärztinnen und Ärzten, Begleitung in gerichtlichen Verfahren, Klärung der Entschädigungsansprüche und Antragsberatung, Öffentlichkeitsarbeit und Kontakt zu Medien und Vermittlung zu Menschen vor Ort, die Unterstützung leisten können.

Darüber hinaus leistet ReachOut mit seiner Recherchearbeit und der Dokumentation rechter Gewalt einen Beitrag zur Erhellung des Dunkelfeldes dieser Gewaltdimension. Bei ReachOut arbeiten speziell ausgebildete Fachleute (u.a. ein Psychologe), mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen und Kenntnissen in den Problemfeldern Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

- Im Auftrag des Landes Hessen bietet seit 2016 das ADiBe Netzwerk Hessen in der Bildungsstätte Anne Frank Beratung und Hilfe bei Diskriminierungen aus rassistischen Gründen, wegen der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters, Geschlechts oder Behinderungen an. Die Bera-

tungs- und Interventionsmöglichkeiten des Netzwerks richten sich nach den Standards des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland zur qualifizierten Antidiskriminierungsarbeit. Diese sind sehr vielfältig, so bietet es beispielsweise unabhängige, niedrigschwellige psychosoziale und rechtliche Unterstützung sowie Empowerment („Hilfe zu Selbsthilfe“) an.

- Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens hat dem Landtag 2016 das „Integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ vorgelegt. Mit Hilfe des Konzepts sollen die Rahmenbedingungen der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure für deren präventiv orientierte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus schrittweise verbessert werden. Als einen von zehn gemeinsamen Handlungsschwerpunkten von Staat und Zivilgesellschaft benennt das Konzept die Stärkung der Opferberatung und der Perspektive der Betroffenen.

Im November 2017 ist die Stelle einer / eines Beauftragten für den Opferschutz des Landes Nordrhein-Westfalen eingerichtet worden. Sie ist zentrale Anlaufstelle für Opfer von Straf- und Gewalttaten und ihnen nahestehende Personen. Insbesondere unterstützt sie Opfer und gibt ihnen Informationen über ihre Rechte. Außerdem fördert sie die Kooperation der Opferhilfeeinrichtungen untereinander, leistet Netzwerkarbeit und bündelt Hilfsangebote Dritter. Sie berät zudem das Ministerium der Justiz in grundsätzlichen Angelegenheiten des Opferschutzes und arbeitet an der Weiterentwicklung des justiziellen Opferschutzes mit.

- In Rheinland-Pfalz wird die Opferberatung für Fälle von rechtsextremer und rassistischer Diskriminierung von der sehr gut vernetzten Koordinationsstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gestützt, wurde aber zur Verbesserung der Arbeit aus diesem Verbund ausgegliedert und personell aufgestockt. Die neue Stelle m\*power bietet aufsuchende Beratung für Opfer rassistischer und diskriminierender Übergriffe, hilft bei der Suche nach Anwältinnen und Anwälten und nach psychologischer Unterstützung und unterstützt ggf. auch öffentliche Aktionen zugunsten der Opfer.
- Die Opferberatung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt, ein Projekt des RAA Sachsen e.V. (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V.), berät und unterstützt Betroffene, Angehörige, Freunde der Betroffenen sowie Zeugen eines Angriffs.

Die Mitarbeiter der Opferberatung:

- informieren über rechtliche Möglichkeiten, wie Anzeige, Nebenklage, Opferschutz,
- begleiten auf Wunsch zur Polizei, zu Rechtsanwälten, Behörden und Ärzten
- unterstützen bei der Vorbereitung auf den Prozess und begleiten Betroffene zu Gerichtsverhandlungen,
- geben Hinweise zu Finanzierung und Entschädigung und helfen bei Anträgen (Entschädigungsanträge, Umzugshilfen, Anwaltskosten),
- unterstützen bei der emotionalen Verarbeitung (psychosoziale Beratung) des Erlebten und vermitteln auf Wunsch Therapeuten,

- unterstützen bei der Verbesserung der Lebenssituation, um die Sicherheit von Betroffenen (wieder)herzustellen, beispielsweise durch Hilfe beim Wohnortwechsel, bei aufenthaltsrechtlichen Problemen etc.,
- unterstützen auf Wunsch mittels Öffentlichkeitsarbeit, um das Problem rechtsmotivierter Angriffe gesellschaftlich wahrnehmbar zu machen.

Die Beratung ist parteilich, klientenorientiert, aufsuchend, vertraulich, mehrsprachig und kostenlos.

Darüber hinaus betreibt die durch das Sächsische Staatsministerium der Justiz geförderte Opferhilfe Sachsen e.V. kostenlose Beratungseinrichtungen für Opfer von Straftaten unabhängig von der Deliktart. Seit Juli 2013 hat die Opferhilfe Sachsen e.V. ein Angebot der Online-Beratung durch besonders für diese Aufgabe ausgebildete Mitarbeiter eingerichtet.

- Das Land Sachsen-Anhalt fördert aus dem Bundesprogramm „Demokratie-Leben“ ergänzt durch das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit Regionale Beratungsteams für Opfer rechter Gewalt und mobile Beratungsstellen, die sich um Opfer rassistischer Gewalt kümmern sowohl in psychologischer wie in rechtlich finanzieller Hinsicht.
- In Thüringen gibt es die Opferberatung ezra als mobile Beratung der Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Beraten, begleitet und unterstützt werden Menschen, die aus Motiven gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit angegriffen werden. Daneben richtet sich das Angebot von ezra auch an Angehörige von Betroffenen und an Zeugen. Die Opferberatung steht parteilich an der Seite der Betroffenen und sieht ihre Aufgabe neben der individuellen Beratung auch darin, die Perspektive der Opfer in die gesellschaftliche Auseinandersetzung einzubringen; sie ist unabhängig von staatlichen Behörden. Die Beratungen sind streng vertraulich, kostenlos und können auf Wunsch anonym stattfinden. ezra ist ein Projekt in Trägerschaft der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und wird im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit „Denk bunt“ sowie des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.
- In Hamburg berät die Beratungsstelle empower Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, deren Angehörige und Freunde sowie Zeugen - ungeachtet der politischen Einstellung, Religion oder Herkunft der Verursacher von Vorfällen. Umfasst sind auch Fälle von antimuslimischem Rassismus, Antiziganismus oder Sozialdarwinismus (<https://hamburg.arbeitundleben.de/empower>). Neben der Unterstützung zur emotionalen Bewältigung der Angriffe oder Bedrohungen umfasst die Beratung Entscheidungshilfen zum weiteren Vorgehen, Hinweise zu juristischen Möglichkeiten, Begleitung zu Behörden, Polizei und Gericht, Vermittlung von therapeutischen und ärztlichen Angeboten, Beratung zu finanzieller Unterstützung (z.B. Prozesskostenhilfe, Entschädigungszahlungen) sowie Stärkung von Solidaritätsprozessen in der Lebenswelt der Betroffenen. Im Mittelpunkt der Arbeit des Projekts steht die Perspektive der Betroffenen. Die Beratungen sind vertraulich, parteilich, kostenlos und auf Wunsch anonym. Bei Bedarf wird in verschiedenen Sprachen beraten.

Beratung und Krisenintervention für traumatisierte Opfer rechtsextremer und hassmotivierter Gewalt unter Anwendung aktueller Standards der Traumabehandlung bietet zudem die Beratungsstelle Opferhilfe - Beratung bei Gewalt & Trauma (<http://opferhilfe-hamburg.de/beratung/>).

Menschen, die aufgrund ihrer (ggf. auch nur zugeschriebenen) Herkunft, Religion, Hautfarbe oder Sprache Diskriminierung erlebt haben, können sich auch an die Beratungsstelle amira wenden, die individuelle Beratungsgespräche sowie Informationen über verschiedene Handlungsmöglichkeiten bietet. Es können Vermittlungsgespräche begleitet und moderiert, Beschwerden oder rechtliche Schritte eingeleitet werden oder ggf. kann in Kooperation mit Rechtsanwälten eine Klage nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) unterstützt werden (<https://www.verikom.de/antidiskriminierung/amira-antidiskriminierungsberatung/>).